



Foto: dpa

BUNDESTAGSDEBATTE

„Deutschland braucht Politik aus einem Guss“

Die Fraktion von CDU und CSU im Deutschen Bundestag hat das Vorhaben von Kanzler Gerhard Schröder begrüßt, über Artikel 68 Grundgesetz eine vorgezogene Bundestagswahl herbeizuführen.

Der vom Bundeskanzler eingeschlagene Weg sei

„unumgänglich, um unserem Land monatelange, quälende Auseinandersetzungen aus Gründen rotgrüner Handlungsunfähigkeit zu ersparen,“ erklärte Partei- und Fraktionsvorsitzende, Angela Merkel, in der Bundestagsdebatte. Merkel verwies darauf, dass ▶

INHALT

Volker Kauder:
„Es ist Zeit
für den Wechsel“
Seite 3

CDA-Bundestagung:
Karl-Josef Laumann zum
neuen Vorsitzenden
gewählt
Seite 7

HEUTE AKTUELL

- Ausgezeichnete Resonanz auf das neue Mitgliedernetz (Seite 4 – 5)
- Kreisvorsitzendenkonferenz: Wahlkampf wirft Schatten voraus (Seite 5)
- Ombudsrat-Zwischenbericht: „Bei Hartz IV soll es gerecht zugehen“(Seite 6)
- Laumann neuer CDA-Vorsitzender (Seite 7)
- Katherina Reiche: Rot-Grün verhindert 4000 Arbeitsplätze in Ostdeutschland (Seite 8)
- Peter Götz: Städtetag und Union für starke kommunale Stimme in Europa (Seite 8 – 9)
- Dagmar Wöhrl: Mindestlöhne vernichten Arbeitsplätze (Seite 9)
- Maria Böhmer: Ein guter Tag für Wissenschaft und Forschung (Seite 9 – 11)
- Wolfgang Schäuble erhält Robert-Schuman-Medaille (Seite 10)
- Jürgen Gehb: Rot-Grün bleibt beim genetischen Fingerabdruck auf halbem Wege stehen (Seite 11)

► Gerhard Schröder nicht an der Union, sondern am Widerstand in den eigenen Reihen gescheitert sei: So habe er mit der Vorstellung seines Reformkonzepts „Agenda 2010“ richtige Weichenstellungen vorgenommen. Wegen des Widerstands in Partei und Fraktion seien die Reformen jedoch „Stückwerk“ geblieben. Zugleich habe es Schröder nicht geschafft, den Bürgerinnen und Bürgern die Notwendigkeit der Veränderungen im Zusammenhang zu erklären.

Zick-Zack-Kurs von Rot-Grün

„Fünf Millionen Arbeitslose, das geringste Wirtschaftswachstum in Europa, geplünderte soziale Sicherungssysteme und ein strukturelles Haushaltsdefizit von bis zu 50 Milliarden Euro“, bilanzierte Angela Merkel die Regierungszeit von Rot-grün und erinnerte den Bundeskanzler an sein Versprechen, sich am Abbau der Arbeitslosigkeit messen

zu lassen. Auch mit den Hartz-Gesetzen seien aber 1,5 Millionen versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse verloren gegangen.

Neuanfang für Deutschland

Angesichts dieser Probleme könne sich Deutschland „kein verlorenes Jahr, keinen verlorenen Tag mehr leisten“, bekräftigte die Kanzlerkandidatin von CDU und CSU. Nach einem jahrelangen „Zick-Zack-Kurs“ der Koalition werde eine „Politik aus einem Guss“ gebraucht. Zwei Schwerpunkte werde die Union nach der Regierungsübernahme setzen: „Wir brauchen Vorfahrt für Arbeit“ und eine spezielle Förderung von Kindern und Familien.

„Unser Land steht vor einer Richtungsentscheidung“, sagte Angela Merkel. „Entweder mit Rot-Grün ‘Weiter so’ oder ein Neuanfang für Deutschland mit der Union und der FDP.“

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-220 70-3 72, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Volker Kauder:

Es ist Zeit für den Wechsel

Dieses Fazit zog Generalsekretär Volker Kauder auf einer Pressekonferenz mit Blick auf die „katastrophale“ Bilanz von Rot-Grün.

„Rot-Grün ist und bleibt die Koalition der Massenarbeitslosigkeit“ stellte Kauder mit Bezug auf die neuesten Arbeitsmarktzahlen fest. Im Vergleich zum Vorjahr habe es im Juni 471.000 Arbeitslose mehr in Deutschland gegeben. Der Generalsekretär erinnerte an Schröders Ankündigungen, die Arbeitslosigkeit auf unter 3,9 Millionen senken zu wollen und konstatierte zu den aktuellen Zahlen von fast fünf Millionen Arbeitslosen, dass Rot-Grün „mit seinen halbherzigen Reformversuchen auf der ganzen Linie gescheitert“ sei.

Weiterführte Kauder aus, dass die Bilanz nach Schröders siebenjähriger Amtszeit auch in anderen Bereichen nicht besser aussehe: Mittlerweile sei Deutschland das Land mit dem geringsten Wirtschaftswachstum in Europa. Pro Jahr gingen weitere 40.000 Firmen in Deutschland pleite, so der Generalsekretär. Außerdem sei der Schuldenberg des Bundes unter Rot-Grün auf



den Rekordstand von 890 Milliarden Euro angewachsen und die Sozialsysteme in eine extreme Schiefelage geraten. Kauder wörtlich: „Rot-Grün hat dieses Land gespalten – zwischen Arm und Reich, Alt und Jung, Ost und West“.

Im Hinblick auf evtl. Neuwahlen sagte Kauder, dass für eine CDU-geführte Bundesregierung vor allem eine Regel gelten werde: Vorfahrt für Arbeit. Außerdem werde die CDU „den Menschen sagen, was wir machen – und wir werden machen, was wir gesagt haben. Darauf können sich die Menschen verlassen“, versicherte der Generalsekretär.

Das auf der Pressekonferenz vorgestellte Fazit „Rot-

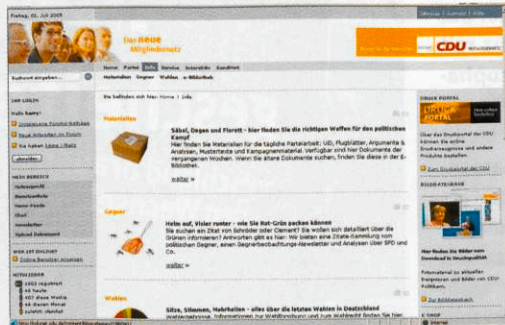
Grün ist gescheitert“ war zugleich das Motto eines Aktionswochenendes, das die CDU durchgeführt hat, um die Bürgerinnen und Bürger auf die vom Generalsekretär angesprochene katastrophale Bilanz der rot-grünen Regierung aufmerksam zu machen. Im Mittelpunkt stand die sachliche Auseinandersetzung mit dieser Bilanz. Mit Hilfe von detaillierten Flugblättern sowie einem deutlichen Ländervergleich, haben die Verbände den Menschen vor Ort die „bittere“ Wahrheit über die jetzige Bundesregierung verdeutlicht. Dazu Generalsekretär Volker Kauder: „Die Menschen spüren zu Recht: Es ist Zeit für den Wechsel!“

Ausgezeichnete Resonanz auf das neue Mitgliedernetz

Seit drei Wochen ist das neue CDUNet online.

Die Nutzer haben das umgestaltete und erweiterte Angebot sehr positiv aufgenommen. Zu den wichtigsten Neuerungen zählen das verbesserte Forum, eine einfachere Navigation und die Benutzerverwaltung.

Am 14.6. fiel der Startschuss für das neue Mitgliedernetz. Seitdem haben sich über 1.500 Mitglieder registriert – eine höchst erfreuliche Entwicklung. Das Echo der Nutzer fiel ganz überwiegend positiv aus. Anklang fanden vor allem die erweiterten interaktiven Möglichkeiten, die grafische Neugestaltung und die einfachere Navigation. Zu den ersten Nutzern zählte Generalsekretär Volker Kauder, der die mehrmonatige Entwicklung begleitet hatte. „Mit unserem völlig umgestal-



teten Angebot haben wir jetzt das modernste Mitgliedernetz aller Parteien“, sagte Kauder. „Natürlich kann das neue CDUNet noch besser werden. Deshalb sind wir offen und dankbar für Anregungen und Kritik.“ Vor allem für anstehende Wahlkämpfe werde das Angebot bei Bedarf angepasst und ergänzt.

Im Vergleich zum alten Angebot ist das neue Mit-

gliedernetz in vielen Punkten verändert. Ein Überblick über die wichtigsten Neuerungen:

- Neuer Look, einfache Bedienbarkeit. Sowohl die Navigation als auch die Darstellung der Inhalte wurden umgestaltet und dem neuen CI angepasst. Dank der besseren Sortierung sind die Angebote jetzt schneller und intuitiver auffindbar. Damit wurde einem Kritikpunkt am alten CDUNet – der über die Jahre gewachsenen Unübersichtlichkeit – Rechnung getragen. Viele Inhalte des alten Angebots wurden aber übernommen.
- Benutzerliste mit Suchfunktion: In einem Profil kann jeder Nutzer Angaben zu sich machen, etwa zu seinen Interessengebieten. Diese Angaben sind (wenn gewünscht) für andere Nutzer in einer Benutzerliste sichtbar. So lassen sich andere Mitglieder suchen,



die sich beispielsweise für das gleiche Thema interessieren. Auch wer sich zeitgleich im Mitgliedernetz befindet, ist jetzt ersichtlich. Die bessere Vernetzung der Mitglieder gehört auch zur Umsetzung des Beschlusses „Bürgerpartei CDU“ vom Parteitag in Leipzig.

■ Hochladen von Benutzer-Dokumenten: Mitglieder, die für andere nützliche Informationen oder Angebote erstellt haben, können diese der CDUNet-Gemeinde jetzt zur Verfügung stellen. Dazu kann ein Argumentationspapier ebenso gehören wie ein grafisches Element für den Online-Bereich. Auch diese Upload-Funktion wurde in den ersten Wochen des neuen CDUNet bereits gut angenommen.

■ Verbessertes Forum: Das Forum wurde umgestaltet und verbessert. Es bietet jetzt viele Funktionen – etwa die Zitierfunktion, einen umfangreicher Texteditor und vieles mehr. Das Forum zählt zu den meist genutzten Bereichen des neuen Netzes. Ebenfalls verbessert wurde der Chat. Auch dieser ist jetzt „state of the art“ – mit verschiedenen Chat-Räumen, optischen Gestaltungsmöglichkeiten und komfortabler Editorfunktion.

Um diese und viele weitere Funktionalitäten umzu-

KREISVORSITZENDENKONFERENZ WAHLKAMPF WIRFT SCHATTEN VORAUS



Einen ersten Überblick über Strategie und Maßnahmen der CDU Deutschlands zur Vorbereitung der Bundestagswahl erhielten die Kreisvorsitzenden auf ihrer letzten Konferenz im Konrad-Adenauer-Haus.

In seinem Vortrag beschrieb Generalsekretär Volker Kauder die demoskopisch günstige Ausgangslage für die Union, die sich u.a. durch eine momentan herrschende klar ausgeprägte Wechselstim-

mung, deutliche Führung in der Sonntagsfrage, einem klaren Kompetenzvorsprung in fast allen Politikfeldern sowie dem Vorsprung der Unions-Kanzlerkandidatin zeige. Weiter gab der Generalsekretär einen

kurzen Überblick über die Grundlagen des Wahlkampfes, die terminlichen Rahmendaten und die Kampagnenplanung.

Ein wichtiger Punkt im bevorstehenden Wahlkampf sei die enge Koordination mit den Landesverbänden, erklärte Kauder. Diesem werde durch regelmäßig stattfindende Telefonkonferenzen mit den Generalsekretären und Geschäftsführern der Landesverbände Rechnung getragen.

setzen, waren umfangreiche Entwicklungsarbeiten und zahlreiche Tests notwendig. Volker Kauder dankte bei der Eröffnung des CDUNet vor allem den freiwilligen Beta-Testern, die das Angebot vorab

geprüft und viele wertvolle Hinweise geliefert hatten. „Mich werden Sie, wie bislang, regelmäßig im CDUNet finden“, sagte Kauder. „Ich hoffe, auch Sie werden sich rege beteiligen!“

Ombudsrat-Zwischenbericht

„Bei Hartz IV soll es gerecht zugehen“

Die Union will sicherstellen, dass es bei der Arbeitsmarktreform Hartz IV in Zukunft gerecht zugeht.

„Wir werden die Vorschläge des Ombudsrats prüfen und mit den Ländern zu einer gemeinsamen und zielführenden Lösung kommen“, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Ronald Pofalla, anlässlich der Vorstellung der Zwischenbilanz des Ombudsrates zu Hartz IV.

Er kündigte für den Fall des Regierungswechsels Gesetzesänderungen an, mit denen unter anderem die Betreuung der Langzeitarbeitslosen von der Bundesagentur für Arbeit auf die Kommunen übertragen werden soll. Ausdrücklich dankte Pofalla den Mitgliedern des Ombudsrats. In den vergangenen sechs Monaten hatten sie knapp 8.000 schriftliche und 25.000 telefonische Anfragen bekommen, die gesichtet und bewertet werden mussten. „Das war ein nicht einfacher, aber sehr gelungener Akt, um die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger im Zusammenhang mit Hartz IV aufzunehmen“, betonte der Arbeitsmarktexperte.



Ronald Pofalla

Der Fraktionsvize verwies auf die Vielzahl der Nachbesserungsvorschläge des Ombudsrats. Dies belege, dass „die Bundesregierung Hartz IV schlampig vorbereitet“ und „die nötigen Hausaufgaben“ im Vorfeld dieser Grundsatzreform nicht gemacht habe. Außerdem habe Rot-Grün die Spielräume nicht genutzt, die das Vermittlungsergebnis ermöglicht habe. In diesem Zusammenhang nannte Pofalla die dezentrale Betreuung der Langzeitarbeitslosen durch die Kommunen anstatt durch die Nürnberger Bundesagentur für Arbeit.

Der Ombudsrat ist ein unabhängiges Gremium zur

Begleitung der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende („Arbeitslosengeld II“) und ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Er arbeitet unabhängig und ehrenamtlich. Mitglieder des Rates sind Christine Bergmann (Bundesfamilienministerin a. D.), Prof. Dr. Biedenkopf (Ministerpräsident a. D. des Freistaates Sachsen) und Hermann Rappe (Vorsitzender a. D. der IG-Bergbau, Chemie und Energie).

Aktuell auf der Homepage der Bundestagsfraktion:

- ▶ „2002 – 2005: 3 Jahre Hartz-Reformen vom „großen Wurf“ zur großen Enttäuschung – Eine Bilanz.“
Download unter <http://www.cducus.de/upload/hartz050624.pdf>
- ▶ 7 Jahre Rot-Grün – 7 verlorene Jahre für Deutschland
Download unter http://www.cducus.de/upload/bilanzrot-gruen_050627.pdf



Laumann neuer CDA-Vorsitzender

Karl-Josef Laumann ist neuer Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft. Der zukünftige NRW-Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit erhielt auf der 31. Bundestagung der CDA 92,84 Prozent der Delegiertenstimmen.

Der neue Vorsitzende forderte in seiner Rede einen Kampf der Arbeitnehmer dafür, dass „Deutschland und unsere Länder und Gemeinden ein handlungsfähiges Staats- und Gemeinwesen bleiben“. Für ihn stehe die Frage ganz oben, wie der Staat wieder besser organisiert werden könne. Außerdem müssten die CDA und die Arbeitnehmergruppen „für eine Politik eintreten, in der alles getan wird, damit wir wieder ein höheres Wachstum bekommen“.

Laumann forderte, die Politik der CDA an der christlichen Soziallehre auszurichten, deren Konsequenz es z.B. sei, dass das Leben der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer planbar sei und es einen Schutz vor willkürlichen Kündigungen geben müsse. Laumann erklärte dazu: „Die Arbeitsbedingungen sind ein Großteil unseres Lebens. Und die Arbeitswelt ist aus



Angela Merkel und der neue CDA-Vorsitzende Karl-Josef Laumann

Foto: Frank Ossensbrink

meiner Sicht ein großer Teil der Schöpfung. Und daran finde ich muss man mitwirken können und das heißt auch, mitbestimmen können“. Als weitere wichtige Punkte nannte Laumann die Familien- und die Bildungspolitik. Außerdem müssten die CDA-Finzen neu geordnet werden.

In ihrer Gastrede warb die Partei- und Fraktionsvorsitzende, Angela Merkel, bei der Arbeitnehmervereinigung der Partei um Unterstützung der Reformpläne. Es gehe um die Rettung des Gemeinwesens und seiner Strukturen, so die Parteivorsitzende. Sie erklärte, dass die soziale Marktwirtschaft unter veränderten Verhältnissen weitergeführt werden müsse und nannte als wichtigste Aufgaben einer von ihr geführten Bundesregierung u.a. eine

bessere Förderung für Familien, eine steuerliche Finanzierung der Sozialsysteme sowie eine Befreiung der Wirtschaft von Bürokratie und anderen Investitionshemmnissen.

Merkel erklärte außerdem, dass ein Hauptproblem Deutschlands nicht sei, dass die Arbeit abnehme, sondern dass das Land weltweit nicht an neuartiger Arbeit teilhabe und in vielen Bereichen den Anschluss verloren habe oder zu verlieren drohe.

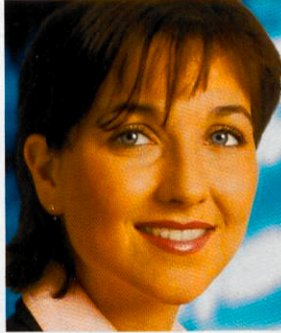
Weitere Wahlergebnisse:

Zum ersten stellvertretenden Bundesvorsitzenden wurde Gerald Weiß gewählt. Stellvertretende Bundesvorsitzende wurden Ingrid Sehbrock, Silke Striezel-Wolff, Christian Bäumler, Gustl Bergemann, Ralf Brauksiepe und Rainer Lensing.

Rot-Grün verhindert 4000 Arbeitsplätze in Ostdeutschland

Es ist zu begrüßen, dass der Kernfusionsreaktor ITER in Europa gebaut wird.

Die Entscheidung der am Forschungsprojekt ITER beteiligten Staaten, den Kernfusionsreaktor ITER in Frankreich zu bauen, offenbart zugleich die forschungspolitische Hilflosigkeit der Bundesregierung. Anstatt die Bewerbung des ITER-Förderverbandes Greifswald/Lubmin für den Bau des Kernfusionsreaktors zu unterstützen, hat die rot-grüne Bundesregierung durch Nichtstun eine Investition i. H. v. 4,6 Mrd. Euro und die Schaffung von 4000 Arbeitsplätzen in Ostdeutschland verhindert. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung bereits 2003 aufgefordert, den Standort Greifswald/Lubmin nachhaltig bei der Europäischen Kommission zu unterstützen und dadurch die klaren infrastrukturellen Vorteile von Greifswald/Lubmin in den internationalen Standortwettbewerb einzubringen. Deutschland verabschiedet sich damit aus einem weiteren Zukunftsbereich, aus der weltweiten Fusionsforschung. Anstatt zukunftsfähige Technologien zu



Katherina Reiche

fördern und zu unterstützen, hat die rot-grüne Bundesregierung bereits mit der Vorlage des Energieforschungsprogramms deutlich gemacht, dass sie die Energieforschung als grüne „Experimentierwiese“ betrachtet.

Gerade für den Forschungsstandort Ostdeutschland hätte der ITER eine bedeutende Signalfunktion gehabt.

Katherina Reiche ist die bildungs- und forschungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Städtetag und Union für starke kommunale Stimme in Europa

Um das oberste Ziel der Union, die Stärkung der Wirtschaftskraft und die Schaffung zukunftsreicher Arbeitsplätze erreichen zu können, müssen unter anderem die kommu-

nalen Investitionen nachhaltig revitalisiert werden.

Es gilt, gemeinsam mit den Kommunen einen gangbaren Weg für eine Gemeindefinanzreform zu finden. In diesem Sinne wird der Städtetag den konstruktiven Dialog mit der Union fortsetzen.

Das ist das Ergebnis eines Gesprächs mit dem neu gewählten Präsidenten des Deutschen Städtetags, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude. Einigkeit besteht auch in dem Bestreben, die an Bedeutung gewinnende Interessenvertretung deutscher Kommunen in Europa zukünftig stärker zu bündeln und effizienter auszugestalten.

Dies gewinnt insbesondere vor dem Hintergrund der Ankündigung einer vorgezogenen Bundestagswahl an Bedeutung. Schließlich würde eine unionsgeführte Bundesregierung frühzeitig ihren Einfluss und ihre Mitgestaltungsmöglichkeiten in EU-Kommission und Ministerrat aktiv dazu nutzen, um Fehlentwicklungen, wie unnötige Bürokratien, entgegenzuwirken.

Die Botschaft Christian Udes ist eindeutig: Der Deutsche Städtetag wird auch zukünftig die Interessen der Städte in Deutschland jenseits aller persönlicher Parteilichkeit vertreten.



Peter Götz

Peter Götz ist kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Mindestlöhne vernichten Arbeitsplätze

Auch die drohende Oppositionsrolle ist kein Grund, offenkundigen Unsinn in das deutsche Arbeitsrecht einzuführen.

Die geplante Aufnahme von gesetzlichen Mindestlöhnen in das Wahlprogramm der SPD ignoriert die Marktverhältnisse und bringt mehr Schaden als Nutzen auch in Bezug auf die Arbeitnehmerinteressen. Eine gesetzliche Festlegung von Mindestlöhnen unterläuft die Tarifautonomie, belastet die Unternehmen und führt in eine beschäftigungspolitische Sackgasse. Das wäre der sichere Weg, den Wirtschafts-

standort Deutschland noch unattraktiver zu machen und damit die Arbeitslosenquote weiter zu erhöhen.

Auch die Expertenanhörung zum Entsendegesetz hat wieder einmal deutlich gemacht, dass die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen kontraproduktiv für den deutschen Arbeitsmarkt ist und genau das Gegenteil von dem bewirkt wird, was deren Initiatoren angeblich bezwecken wollen: nämlich die Arbeitnehmer vor den Auswirkungen einer im Wettbewerb stehenden Volkswirtschaft zu schützen. Die Experten haben in ihrer großen Mehrheit wiederholt deutlich gemacht, dass Mindestlöhne den Arbeitsmarkt weiter zementieren und im besten Fall keine Wirkung zeigen.

Verlierer dieser populistischen SPD-Wahlkampfkampagne würden besonders gering qualifizierte und junge Menschen sein. Ausgerechnet denjenigen, denen wir Brücken ins Arbeitsleben bauen müssten, würden zusätzlich Knüppel zwischen die Beine geworfen. Wir brauchen keine gesetzlichen oder tariflichen Mindestlöhne in Deutschland, sondern wir brauchen einen Niedriglohnsektor, in dem auch Geringqualifizierte die Chance auf einen Arbeits-



Dagmar G. Wöhr

platz erhalten. Nicht mit Mindestlöhnen, sondern nur mit einer auf Wachstumskurs ausgerichteten Politik wird die deutsche Wirtschaft wieder auf die Beine kommen. Mit Rot-Grün – das zeigen die bisher bekannt gewordenen Mosaiksteine aus dem Wahlprogramm der SPD – wird sich die Abwärts Spirale beim Wachstum und auf dem Arbeitsmarkt nur weiter und noch schneller drehen.

Dagmar G. Wöhr ist die wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Ein guter Tag für Wissenschaft und Forschung

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz zu einer gemeinsamen Exzellenz-

initiative von Bund und Ländern und einem Pakt für Forschung.

Wissenschaft und Forschung sind dringend auf eine verbesserte finanzielle Ausstattung angewiesen. Gerade die drastischen Einsparungen des Bundes beim Hochschulbau in der Größenordnung von mehr als 1 Milliarde Euro haben die Universitäten und Fachhochschulen in den vergangenen drei Jahren ausgezehrt.

Vergleicht man den da-

maligen Vorschlag von Rot-Grün „Brain up – Deutschland sucht die Spitzenuni“ mit dem beschlossenen, seriösen Konzept zeigt sich: Die Einigung trägt deutlich die Handschrift der Union. Sie ist das Ergebnis mehrjähriger Verhandlungen, die schneller hätten beendet werden können. Viel Zeit ist wegen der Blockadehaltung von Bundesministerin Bulmahn vergeudet worden; sie hat die Verhandlungen und die Lösungssuche mit den

Ländern immer wieder mit unververtretbaren Forderungen nach einer stärkeren Gesetzgebungskompetenz des Bundes bei Schule und Hochschule belastet. Erfolgreiche Wissenschaftspolitik kann aber nur in guter Kooperation gelingen.

Exzellenzinitiative und Pakt für Forschung sind nur ein Schritt. Längst hätte Frau Bulmahn auch die bekannten strukturellen Mängel im Wissenschafts- und Forschungssystem beseitigen

WOLFGANG SCHÄUBLE ERHÄLT ROBERT-SCHUMAN-MEDAILLE

Die EVP-ED-Fraktion hat Wolfgang Schäuble mit der Robert-Schuman-Medaille der Fraktion ausgezeichnet.

Bei der Überreichung der Medaille im Rahmen einer Fraktionssitzung in Brüssel würdigte der Fraktionsvorsitzende, Hans-Gert Pöttering, Schäuble als einen herausragenden Europapolitiker. Neben seinen nationalen Aufgaben als Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes (1984-1989), danach als Innenminister, während dessen Amtszeit der Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR unterzeichnete worden ist, habe er eine tiefe und um-

fassende Kenntnis der europäischen Politik u. a. in neun Jahren Tätigkeit in der parlamentarischen Versammlung des Europarates (1975-84) gewonnen. Schäuble habe sich in hervorragender Weise engagiert und immer wieder der europapolitischen Debatte in Deutschland und Europa Anstöße gegeben. So geht das vom EVP-Kongress in Estoril verabschiedete Dokument (Oktober 2002) über die Europäische Verfassung maßgeblich auf Wolfgang Schäuble zurück. In seinem Amt als stellv. Vorsitzender



der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist er verantwortlich für Außen-, Sicherheits- und Europapolitik.

Mit der Robert-Schuman-Medaille ehrt die EVP-ED-Fraktion Persönlichkeiten, die sich in hervorragender Weise um die europäische Einigung verdient gemacht haben. Preisträger im letzten Jahr waren u. a. Papst Johannes Paul II und Tadeusz Mazowiecki.



Maria Böhmer

müssen. Notwendig sind jetzt:

Mehr Autonomie für die Hochschulen in Deutschland, in Finanz-, Personal- und Organisationsangelegenheiten und Deregulierung des Hochschulrechts und -rahmenrechts.

Bessere Vernetzung von außeruniversitärer und universitärer Forschung mit dem Ziel, Synergien freizusetzen und die zum Teil bestehende „Versäulung“ der Wissenschaftseinrichtungen aufzubrechen.

Wenige, aber intelligente Instrumente zur Forschungszu- und Innovationsförderung zu installieren und insbesondere auf die sogenannte Vollkostenfinanzierung bei der Forschungsförderung überzugehen.

Bessere Vertretung deutscher Interessen in der europäischen Bildungs- und Forschungspolitik – sowohl im Bolognaprozess wie beim

7. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union.

Zu warnen ist vor Erwartungen an den Entwurf des Bundeshaushaltes 2006, den die Bundesregierung vorlegen will. Abgesehen von der sehr kurzen Halbwertszeit des Etatentwurfs wird es auch das dringend notwendige Signal einer stärkeren Schwerpunktsetzung öffentlicher Ausgaben gerade für Bildung und Forschung nicht geben.

Maria Böhmer ist Stellv. Fraktionsvorsitzende

Rot-Grün bleibt beim genetischen Fingerabdruck auf halbem Wege stehen

Die Koalitionsfraktionen bleiben zum wiederholten Male in der Rechtspolitik auf halbem Wege stehen. Eine optimale Gesetzgebung zur Verfolgung und Überführung gefährlicher Täter hätte eine viel weitergehende Zulassung der forensischen DNA-Analyse (genetischer Fingerabdruck) erfordert.

Um Sexualstraftäter, die Organisierte Kriminalität, Terroristen und andere Straftäter zu überführen und zu bestrafen, müsste der genetische Fingerabdruck mit



Jürgen Gebb

anderen erkennungsdienstlichen Maßnahmen wie dem normalen Fingerabdruck oder Fotos des Beschuldigten gleichgestellt werden. Alle weiteren Möglichkeiten der DNA-Analyse zur Erforschung von Erbanlagen, Krankheiten usw. sollen ausdrücklich davon ausgeschlossen sein. Es geht nur und ausschließlich um die Identifikation

Die Union wird daher in der 2./3. Lesung im Bundestag dem Gesetzentwurf der Koalition auch nur deshalb zustimmen, weil hiermit wenigstens ein erster Schritt in die richtige Richtung unternommen wird. Die CDU/CSU wird sich weiterhin für eine Ausweitung des Einsatzes des genetischen Fingerabdruckes zur Optimierung der Kriminalitätsbekämpfung einsetzen.

Jürgen Gebb ist rechtspolitischer Fraktionssprecher.

Materialien für die Aktionsvorschläge im CDUnet



Blumendose:

Blumensamen – Mittagsgold/Gazanie

Züchten Sie sich Ihre Blume selbst – direkt aus der Dose. Alles was die Pflanze braucht, ist schon in der Dose enthalten. Sie brauchen nur noch Wasser dazugeben (Pflegeanleitung liegt bei).

Bestell-Nummer: **9118 a**

Preis je **1 Stück: 1,80 €**

inkl. MwSt.: 2,09 €

Originalabbildung der Blumenzüchtung in der Dose!



Eiskratzer

Bestell-Nummer: **9890**

Preis je **70 Stück: 45,00 €**

inkl. MwSt.: 48,15



Seifenblasenspender

36 in einer Box

Bestell-Nummer: **9892**

Preis je **Box: 11,00 €**

inkl. MwSt.: 12,76 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
 Bertelsmann-Versandzentrum
 Postfach 1162, 33759 Versmold
 Telefax 05241-8041892
 e-mail:
 cdu-shop@bertelsmann.de

Folder
„Wo die Union regiert, geht es den Menschen besser.“ (Ländervergleich)

Bestell-Nummer: **2865**
 Preis je 50 Stück: **15,25 €**
 inkl. MwSt.: 16,32 €



Broschüre
„7 Jahre Rot-Grün – eine Bilanz“

Bestell-Nummer: **5210**
 Preis je 100 Stück: **21,00 €**
 inkl. MwSt.: 22,47 €



Plakat
„Rot-Grün gescheitert“

DIN A1
 Bestell-Nummer: **7211**
 Preis je 50 Stück: **21,00 €**
 inkl. MwSt.: 24,36 €

DIN A0
 Bestell-Nummer: **7212**
 Preis je 50 Stück: **39,00 €**
 inkl. MwSt.: 45,24 €



Bestellschein > Medaille „60 Jahre CDU“

Union Betriebs-GmbH
Postfach 1190

53348 Rheinbach

Fax 02226/802-111

Bestellung auch über das Druckportal des CDUNet



Die Lieferung wird erbeten
gegen Rechnung an folgende Anschrift:

(Bitte keine Postfachanschrift!)



Absender/KV-Nr. Rechnungsanschrift		Lieferanschrift (falls nicht identisch)
CDU-Verband oder Name	<input type="text"/>	CDU-Verband oder Name
Ansprechpartner	<input type="text"/>	Ansprechpartner
Straße, Nr.	<input type="text"/>	Straße, Nr.
PLZ, Ort	<input type="text"/>	PLZ, Ort
Telefon	<input type="text"/>	Telefon

Anlässlich der Gründung der CDU vor 60 Jahren

Die Vorderseite mit dem Motiv „60 Jahre CDU – Erfolgreich für Deutschland – 1945-2005.“

Die Rückseite mit den umlaufenden Namen aller Parteivorsitzenden von Konrad Adenauer bis zu Angela Merkel und dem Motiv „Besser für die Menschen. – CDU“

Anzahl	Material	Beschreibung
	Bronze	Vorderseite einseitig geprägt, oberer Teil sandgestrahlt, mittlerer Teil gebürstet, unterer Teil glänzend, Schriften poliert, Rückseite gebürstet, 50 mm Durchmesser, im Etui Stückpreis 18,00 Euro , einschließlich Mehrwertsteuer, zuzüglich Porto und Verpackung.
	Feinsilber 1000	Vorderseite einseitig geprägt, oberer Teil sandgestrahlt, mittlerer Teil gebürstet, unterer Teil spiegelglanzgeprägt, Schriften poliert, Rückseite spiegelglanzgeprägt, 40 mm Durchmesser, im Etui, Stückpreis 40,00 Euro , einschließlich Mehrwertsteuer, zuzüglich Porto und Verpackung.

Widerrufsrecht

Mir ist bekannt, dass ich diesen Auftrag innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an das UBG-Medienzentrum widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

So erreichen Sie uns!

Bei Rückfragen steht Ihnen jederzeit zu Verfügung:

Christa Greef Telefon: 0 22 26/8 02-1 02

Datum / Unterschrift

Union Betriebs-GmbH
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
christa.greef@ubg-medienzentrum.de

Werbeartikel „60 Jahre CDU“



Streichhölzer „60 Jahre CDU“ Schachtel-Set mit 20 verschiedenen Plakattmotiven

Bestell-Nummer: **9205**
Preis je 100 Stück: **8,50 €**
inkl. MwSt.: 9,86 €

Kugelschreiber

Bestell-Nummer: **9204**
Preis je 100 Stück: **64,50 €**
inkl. MwSt.: 74,82 €



Postkarten-Set „60 Jahre CDU“ 5 verschiedene Motive (1 Set)

Bestell-Nummer: **9206**
Preis je 25 Sets: **10,00 €**
inkl. MwSt.: 11,60 €



UID

UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.



Broschüre „60 Jahre CDU“ Erfolgreich für Deutschland

Bestell-Nummer: **5208**
Preis je 25 Stück: **12,25 €**
inkl. MwSt.: 13,11 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de